

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

Abteilung Europapolitik

**Erklärung
des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

**Keine Änderung der Verträge ohne
breite demokratische Beteiligung der
Menschen in Europa - Keine Änderung
der Verträge ohne sozialen Fortschritt**

Dezember 2011



DGB Erklärung „Keine Änderung der Verträge ohne breite demokratische Beteiligung der Menschen in Europa - Keine Änderung der Verträge ohne sozialen Fortschritt“

Der DGB ist äußerst besorgt über die politischen Entwicklungen in der Europäischen Union. Europa verliert täglich an Vertrauen bei den Menschen, weil die Politik versäumt hat, für Ruhe und Ordnung auf den Finanzmärkten zu sorgen. Gleichzeitig werden die Lasten der Finanzkrise fast ausschließlich auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt. Immer mehr Euroländer geraten in eine ökonomische und soziale Abwärtsspirale. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar, solange sich die Politik weiterhin allein auf die Marktkräfte verlässt.

Wenn es nicht gelingt, einen transparenten, demokratischen und als gerecht empfundenen Weg aus der Krise zu finden, drohen die Menschen sich von Europa abzuwenden und rechtspopulistischen Irrwegen zu folgen. Die Zukunftschancen Europas hängen davon ab, ob die Menschen in Europa auch in schwierigen Zeiten von den Werten und Vorteilen der europäischen Einigung überzeugt sind. Europa muss den Menschen wieder eine positive Vision von Wohlstand, Prosperität und einem besseren Leben bieten. Europa darf nicht zum Synonym für wachsende Armut, Sozialabbau und Perspektivlosigkeit werden.

Die europäische Politik hat es bislang versäumt, dieser Vertrauenskrise mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. Wenn der Rettungsfond ESFS mit einer Banklizenz ausgestattet würde, könnte er sich unbegrenzt bei der EZB refinanzieren. Damit wären die Liquiditätsengpässe der Euroländer auf einen Schlag beseitigt und eine drohende Insolvenz der Euroländer sowie ein möglicher Kollaps des europäischen Banken- und Versicherungssystems würde verhindert. Stattdessen versucht die deutsche Regierung, über Vertragsveränderungen eine rechtsverbindliche Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) zu erreichen. Damit droht eine weitere, drastische Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Situation in ganz Europa. Gleichzeitig besteht die große Gefahr, dass die Krise dazu benutzt wird, individuelle soziale Rechte und Errungenschaften sowie kollektive Rechte einschneidend zu verschlechtern, wie die Beispiele aus verschiedenen Staaten der Euro-Zone belegen. Dies steht eindeutig im Widerspruch zur Verpflichtung der EU zu sozialem Fortschritt und zur Einhaltung und Förderung sozialer Grundrechte. Darauf sind die EU und ihre Institutionen seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags verpflichtet. Deshalb erfordern so weitreichende Vertragsänderungen wie die vorgeschlagene Verschärfung des SWP und die nötigen Integrationsfortschritte hin zu einer Wirtschaftsregierung zumindest einen transparenten und demokratischen Prozess, in dem die sozialen Belange gleichwertig berücksichtigt werden. Dies ist nur durch einen Konvent zu erreichen. Nur so kann die demokratische Legitimation sichergestellt werden, wie dies auch im Vertrag (EUV) vorgeschrieben ist.

Die demokratische Legitimität, d.h. die Beteiligung des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente muss auch im Rahmen möglicher zwischenstaatlicher Lösungen gewährleistet werden. Alles andere ist abzulehnen.

1. Der DGB fordert die zuständigen EU-Organe - insbesondere das Europäische Parlament - nachdrücklich auf, umgehend die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um zeitnah einen neuen Konvent einzuberufen.
2. Der DGB lehnt nachdrücklich eine Verschärfung des SWP im Rahmen „begrenzter Vertragsänderungen“ ab und fordert stattdessen, die notwendige politische Integration der Wirtschafts-, Fiskal-, Finanz- sowie Sozialpolitik zu schaffen und in den Verträgen zu verankern.
3. Der DGB fordert das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und die Kommission auf, bei Vertragsänderungen eine gleichwertige soziale Dimension vorzusehen und dementsprechend einen Konvent einzuberufen, an dem auch die Gewerkschaften, als Vertreter der Arbeitnehmer/innen Europas, beteiligt werden. Die soziale Dimension muss die von den Gewerkschaften seit langem geforderte soziale Fortschrittsklausel enthalten, um den notwendigen „sozialen Rettungsschirm“ auszugestalten und Europa stärker auf sozialen Fortschritt zu verpflichten. Die sozialen Grundrechte, insbesondere die Tarifautonomie, müssen bei allen Anti-Krisen-Maßnahmen respektiert und gefördert werden.
4. Konkrete Schritte zu einem sozialen Stabilitätspakt in Europa, dem mindestens der gleiche Wert und Rang zukommen muss wie dem SWP, müssen umgehend erfolgen, um der Spaltung Europas in Arm und Reich entgegenzuwirken.
5. Bei der Ausgestaltung der „Wirtschafts- und Sozialunion“ müssen die nötigen Vertragsänderungen sicherstellen, dass die Handlungsfähigkeit der EZB gestärkt wird und sie als „lender of last resort“ fungieren kann. Ferner soll die Deflationsbekämpfung auch als Ziel der EZB mit aufgenommen werden.
6. Europa braucht zudem einen Stabilitätsanker für die Realwirtschaft, der bei Konjunkturschwankungen und in Abschwungsphasen für eine Verstetigung der Wachstumskräfte sorgt.

Aus der gegenwärtigen Krise lernen bedeutet, die beschriebenen Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion auf dem Wege des (sozialen) Fortschritts zu beseitigen. Vertragsänderungen, die das nicht sicherstellen, lehnen die Gewerkschaften nachdrücklich ab.